

Appell für eine

Berliner Bleiberechtsregelung

für Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien

Initiatoren: Arbeitskreis Gesundheit und Menschenrechte, AGM * Asylberatung der Heilig Kreuz Gemeinde / Asyl in der Kirche e.V. * Behandlungszentrum für Folteropfer, Berlin * Berliner Arbeitskreis Ausländerrecht im Republikanischen Anwaltsverein (RAV) * Südost Europa Kultur e.V. * XENION, Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V. * Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Land Berlin * **Rücklauf bitte an:** Asylberatung Heilig Kreuz Gemeinde, Zossener Str. 65, 10961 Berlin oder FAX: (030) 690 41 018

Neun Jahre nach dem Friedensschluss von Dayton und fünf Jahre nach der NATO-Intervention in Serbien droht vielen Flüchtlingen in Berlin immer noch die Abschiebung. Darunter befinden sich in großer Zahl Menschen, die schwer traumatisiert sind oder an anderen Erkrankungen leiden. Die Abschiebung droht auch Familien mit in Berlin geborenen oder hier groß gewordenen Kindern, sowie alten Menschen ohne familiären Rückhalt in ihren Herkunftsländern.

Die Unterzeichner dieses Appells fordern die Berliner Landesregierung auf, eine wirksame Bleiberechtsregelung für diesen Personenkreis zu schaffen. Anders als in den übrigen Bundesländern ist in Berlin immer noch eine Gruppe von ca. 2000 dieser Flüchtlinge ohne Bleiberecht.

Der Beschluss der Innenministerkonferenz vom November 2000 hinsichtlich eines Bleiberechts für traumatisierte Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien und Kosovo ist in Berlin von den Behörden nur sehr unzureichend und verzögert umgesetzt worden. In vielen Fällen hat die Berliner Ausländerbehörde den Beschluss unterlaufen, und sie musste bereits mehrfach von der Innenverwaltung zu einer korrekten Verfahrensweise angewiesen werden. Mit Billigung der Innenverwaltung werden Menschen, die in Bosnien Opfer der Kriegshandlungen wurden, nach Serbien abgeschoben, wenn sie neben der bosnischen auch die serbische Staatsangehörigkeit besitzen.

Angesichts der besonderen Grausamkeit der Kriegshandlungen (ethnische Säuberungen mit Internierungslagern, Massenerschießungen und Massenvergewaltigungen) und den dadurch hervorgerufenen Leiden muss jetzt endlich eine unbürokratische Regelung gefunden werden. Hierbei sind auch Flüchtlinge aus der Grenzregion Bosniens (insbesondere dem Sandzak) einzubeziehen, da sie in gleicher Weise schutzbedürftig sind und nur wegen der „falschen“ Staatsangehörigkeit (Serbien-Montenegro) nicht unter den IMK-Beschluss fallen.

Die Betroffenen sind mittlerweile aufgrund ihres langjährigen Aufenthalts weitgehend integriert. Ihre Kinder sind in Berlin groß geworden und haben oft schon die Schule und auch eine Ausbildung abgeschlossen. Eine zwangsweise Rückkehr ist diesen Flüchtlingen aus humanitären Gründen nicht zuzumuten.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Abschiebungen von kranken und traumatisierten Menschen fordern wir einen sofortigen Abschiebestopp, der es ermöglicht, zu einer dauerhaften Regelung für die Betroffenen zu kommen!

Berlin im Oktober 2004, v.i.S.d.P. die Initiatoren

Neben den Initiatoren haben den Appell bislang unterzeichnet: Die InitiatorInnen des interfraktionellen Bundestagsantrages („Osterappell“) „Humanitäre Grundsätze in der Flüchtlingspolitik beachten“ (BT-Drs. 14/3729): Frau Claudia Roth (Bündnis 90 / Grüne), Frau Sabine Leutheusser Schnarrenberger (FDP), Herr Christian Schwarz-Schilling (CDU) * Die Berliner Landesvorstände des Deutschen Psychotherapeutenverbandes (DPTV) und des Verbandes Psychologischer Psychotherapeuten im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (VPP/BDP) * Der Berliner Landesvorstand von Bündnis 90 / Die Grünen * Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Berlin * Der Berliner Flüchtlingsrat e.V. * Afrikanische Ökumenische Kirche e.V. * Anticoloniale Africa Conference * Antirassistische Initiative * BBZ-Beratungs- und Betreuungszentrum für jugendliche Flüchtlinge * Deutsches Rotes Kreuz, DRK (Kreisverband Berlin-Reinickendorf) * Forum Asyl mit St. Christophorus * Initiative gegen Abschiebehaft * Internationale Katholische Friedensbewegung, Bistum Berlin * Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland * Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. * Komitee zur Unterstützung politischer Gefangener Iran-Berlin e.V. * Kontakt- und Beratungsstelle für ausländische Flüchtlinge e.V. (KuB) * Oase Pankow e.V. * Ökumenisches Friedensforum Europäischer Katholiken * Palästinensische Gesellschaft für Menschenrechte e.V. * We Ge INS LEBEN e.V. und zahlreiche Einzelpersonen.

